



Mehr Demokratie wagen: Nach dem Fiasco in Thüringen trat die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer zurück. Friedrich Merz (links), Armin Laschet und weitere Kandidaten versprechen einen Aufbruch.

Die Sorgen um Deutschland, die auch die Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz umtrieben, hat der Kommentator der *Süddeutschen Zeitung*, Stefan Kornelius, so zusammengefasst: „Wird der Anker Europas, der Leuchtturm der Freiheit, der Retter des Westens jetzt zu einem neuen Trumpistan?“

Andere orakeln über baldige Weimarer Verhältnisse, warnen vor einer weiteren Zersplitterung des Parteiensystems wie zwischen 1919 und 1933, was damals immer neue Koalitionen erzwang und zu schnellen Brüchen dieser Regierungsbündnisse führte – und letztendlich zur fatalen Hoffnung darauf, dass eine autoritäre, nationale Regierung der NSDAP wieder für Ordnung sorgen könnte.

Wieso die Ängste? Weil nach der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nun auch die letzte verbliebene Volkspartei zu zerbrechen droht, die CDU. In Thüringen wählten ihre Abgeordneten gemeinsam mit den Rechtsaußen von der Alternative für Deutschland (AfD) den Kandidaten für fünf Mann starken Fraktion der liberalen FDP zum Ministerpräsidenten. Eine regionale Polit-Farce mit Folgen für das ganze Land.

Denn ein kleiner, aber möglicherweise wachsender Teil der Union sieht Gemeinsamkeiten mit der AfD, nicht nur in Ostdeutschland, und spricht mit deren Abgeordneten darüber, wo eine Zusammenarbeit möglich wäre. Mit deren Fraktionschef im Bundestag, Alexander Gauland, sind sie der Meinung, es sei „völlig unsinnig und realitätsfern, auf Dauer nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen“.

In Thüringen sehen einige, wie der inzwischen zurückgetretene CDU-Vorsitzende Mike Mohring, die Option für eine Zusammenarbeit mit den Linken. Die derzeitige Führung der Bundespartei bleibt dabei: Weder das eine noch das andere ist erlaubt.

Die Umfragewerte der CDU sind nach dieser Blamage katastrophal, die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer musste zurücktreten, die Partei scheint in einen christlich-liberalen und einen sogenannten wertkonservativen Flügel derer zu zerbrechen, die insbesondere in Klima-, Flüchtlings- und Genderfragen Merz liberaler Politik ablehnen – ganz so wie die AfD.

Die Stimmen mehren sich, die Mer-

kel für die Misere verantwortlich machen. Rufe nach dem Rücktritt der Bundeskanzlerin und Neuwahlen mit einem neuen Kandidaten für Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur werden laut.

Wieso das? Die AfD und ihre Anhänger skandierten schon 2015 „Merkel muss weg!“ Damals war die Wirtschaft stabil, Merkel hatte Deutschland stoisch durch die Finanzkrise gesteuert, die Union lag bei Umfragen bei mehr als 40 Prozent. „Dann kam die Flüchtlingskrise, und mit ihr begann der Niedergang der Union“, kommentierte stellvertretend Nikolas Busse in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Merzels Nachfolger werde „sicher nicht darum herumkommen, in der Migrationspolitik Distanz zu Merkel zu schaffen“.

Das aber ist zu eindimensional. Die Gründe für einen offenbar wachsenden Teil der Bevölkerung, den Volksparteien nicht mehr zu vertrauen, sind vielfältiger.

Bei Umfragen erweist sich, dass in Ostdeutschland grob zusammengefasst die

Hälfte der Menschen nur „teils, teils“ zufrieden sind mit der Demokratie, vom Rest deutlich mehr unzufrieden als zufrieden. Und das liegt nicht nur an der Flüchtlingspolitik.

Warum verweigern immer mehr Deutsche den bewährten Politschlachtschiffen die Gefolgschaft? Es gibt viele Antworten, und sie haben mit Außenpolitik wenig zu tun:

- weil zuvörderst Menschen im Osten, also in der früheren DDR, sich von den historischen Siegen im Westen über den Tisch gezogen und bis heute bevormundet fühlen;
- weil die arbeitende Bevölkerung das Gefühl hat, dass in einer globalisierten und sich einseitig den Gesetzen der Wirtschaft und des Wettbewerbs beugenden Gesellschaft nicht mehr fair geteilt wird, Lasten und gemeinsam produzierte Erträge gleichermaßen;
- weil jeder vierte Erwerbstätige armutsgefährdet ist und ein Viertel der Rentner kaum über die Runden kommt;
- weil ein relevanter Teil der Deutschen

den Eindruck hat, dass ihre Sorgen und Ängste beiseite gewischt werden und in Medien und Politik Themen dominieren, die sie für nachrangig halten;

- weil sie das Gefühl haben, bei Widerspruch wie ein ungehorsamer Schuljunge in die Schäm-Ecke des Klassenzimmers gestellt zu werden, zu den Rechtsextremisten;
- weil sie sich beim Gebrauch von Begriffen wie Heimat und Patriotismus dem Verdacht ausgesetzt sehen, ein rechter Nationalist zu sein;
- weil die Volksvertreter sich um Posten statt um Inhalte streiten, Privilegien absichern, Wassergräben um die eigenen Posten ziehen und, statt Klartext zu reden, sich hinter Floskeln verstecken;
- weil junge, engagierte Nachwuchskräfte, die sich für ihre Ideale aus der Deckung wagen, vom Establishment degradiert werden.

Menschen mit solchen Empfindungen kehren den etablierten Parteien den Rücken. Aber stimmt das alles? Und wenn ja, wie könnten die Parteien die

Enttäuschten und Abtrünnigen zurückgewinnen?

Die beiden Volksparteien, SPD und CDU, sind zu seelenlosen Parteien geworden. Die CDU, weil sie ihre Tradition vergessen hat und ihren konservativen, bürgerlichen Wesenskern. Die Christlich-Konservativen haben sich dem Zeitgeist ergeben, alte Prinzipien aufgegeben und sich aufgemacht in die sogenannte Mitte. Dabei ist eingetreten, wovon so umstrittene wie weitsichtige Politiker des vorigen Jahrhunderts wie Franz Joseph Strauß gewarnt haben: In Deutschland hat eine Partei die Lücke auf der Rechten besetzt. Und das ist nur zum Teil eine Folge der Flüchtlingskrise.

Auch auf der anderen Seite der Mitte weiß die SPD schon seit Jahren nicht mehr, wem sie eigentlich verpflichtet ist: denen, die mit ihrer Arbeit den Läden am Laufen halten, den Arbeitern und kleinen Angestellten mit ihren Familien, die Miete bezahlen und trotz Vollzeitarbeit kaum ihr Leben bestrei-

ten können. Stattdessen haben sie dazu beigetragen, dass sich jene die Taschen füllen, die in der Partei früher Kapitalisten hießen. Ihre Versuche, die Grünen beim Klima und bei Genderfragen nachzuahmen, haben nicht verfangen. Die Menschen bevorzugen das Original, schon hoffen die Grünen auf eine Beteiligung an der nächsten Regierung spätestens 2021 – vielleicht sogar mehr.

Die SPD dümpelt bei unter 15 Prozent, die CDU steht, will sie dieses Schicksal vermeiden, vor einer Richtungsentscheidung: Wer führt die Partei und wer tritt für die Kanzlerschaft an?

Drei Kandidaten stehen im Fokus: Als Erster meldete Norbert Röttgen seine Kandidatur an. Der jugendlich wirkende 55-Jährige gehört dem liberalen Flügel der Partei an, war einst ein treuer Knappe der Kanzlerin, ehe er nach dem verunglückten Versuch, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen zu werden, auch etwas unruhlich das Kabinett verlassen musste, dem er als Umweltminister angehört hatte. In der Folge gelang es Röttgen jedoch, sich als Außenpolitiker wieder einen besseren Ruf zu erarbeiten. Zweiter Kandidat ist der wirtschaftsnahe Friedrich Merz, der angeblich an der Basis eine erhebliche Fangemeinde und Merkel schon mehrfach herausgefordert hat und mit seiner rechtskonservativen Grundeinstellung Wähler von der AfD zurückgewinnen könnte. Dritter im Bunde ist der bodenständige Armin Laschet, der als moderat und Moderator gilt, den größten Landesverband Nordrhein-Westfalen anführt, schon mal einen Blick in Richtung Grüne wagt und Merzels Flüchtlingspolitik immer befürwortet hat – auch als Christ(demokrat).

Alle Kandidaten werden auf jeden Fall darauf achten, auf eine gewisse Distanz zu Merkel zu gehen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wagte es selbst Laschet, die Kanzlerin anzugreifen – wegen ihrer zögerlichen Haltung gegenüber Macrons Plänen für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik. Weimar oder Trumpistan? Die CDU steht vor einer Zerreißprobe.

Peter Koepff ist Chefredakteur dieser Zeitung

QD

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „DAS SPIEL IST AUS“

erst dann gibt es Bereitschaft zum Kompromiss und diplomatischen Spielraum.

An diesem Punkt befand sich der Syrien-Konflikt noch nie. Für Assad hat es sich stets gelohnt, ums Überleben zu kämpfen, denn sein Regime hatte alles, was es brauchte, um den Krieg militärisch zu gewinnen: Massenvernichtungswaffen und die Bereitschaft, sie gegen die eigenen Landsleute einzusetzen; eine Weltmacht Russland, die ihren letzten Verbündeten in Nahost an der Macht halten will und deshalb mit ihrer Luftwaffe sämtliche Regime-Gegner vernichtet oder vertreibt; eine in asymmetrischer Kriegsführung erfahrene Regionalmacht Iran, die schiitische Milizen am Boden organisiert; eine kriegsmüde, zögerliche und im Rückzug begriffene Weltmacht USA, uneinige und planlose Europäer, ein blockierter UN-Sicherheitsrat und die Ignoranz der Weltgemeinschaft.

Die Versuche der Amerikaner und Europäer, Druck auf Damaskus aufzubauen, beschränkten sich auf ein ausgefeiltes Sanktionsregime (schmerzhaft für die syrische Führung, aber mit Hilfe verbündeter Handelspartner erträglich), halbherzige Waffenlieferungen an wechselnde Rebellengruppen (über Jahre zu wenig zum Siegen und zu viel zum Verlieren) sowie zwei völkerrechtswidrige, symbolische und folgenlose Angriffe auf Militärbasen, um den Einsatz von

Chemiewaffen zu bestrafen. Nichts davon führte zu einer Verhaltensänderung oder erhöhten Kompromissbereitschaft des syrischen Regimes.

Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung, Europa könne mit finanziellen Anreizen beim Wiederaufbau Einfluss auf die Machtverhältnisse und die Realität in Syrien nehmen, schlicht naiv. Jeder europäische Parlamentarier – ob linker Antimperialist oder rechter Nationalist –, der nach Damaskus reist, um sich von Regimevertretern den „normalen Alltag“ und die „stabile Sicherheitslage“ zeigen zu lassen, wird zum Propagandisten Assads. Und zum effektiven Unterstützer der Strategie Wladimir Putins.

Der russische Präsident folgt im Gegensatz zu den USA und Europa in Syrien einem funktionierenden Plan. Er besteht aus drei Stufen: retten, rückerobern, rehabilitieren. Aktuell befinden wir uns im Übergang zu Phase drei, deren Ziel es ist, das syrische Regime international salonfähig zu machen.

Die Logik dahinter klingt plausibel: Assad hat gewonnen und bleibt an der Macht, also besser die Realität anerkennen und konstruktiv am Wiederaufbau des geschundenen Landes mitarbeiten, damit es den armen Menschen dort bald besser geht und die geflüchteten Syrer zurückkehren können.

Einziges Problem: Wer die Menschen

in Syrien im Blick hat, sollte nicht das Regime stützen. Denn jeder Euro, der in der Absicht nach Damaskus geschickt wird, dient der Festigung jener Herrschaftsstrukturen, die vor neun Jahren zum Aufstand führten.

Was ahnungslose Politiker, Journalisten oder Blogger vor Ort als Stabilität wahrnehmen, ist Friedhofsruhe. Assad braucht das Geld, um seine Cronies zu entlohnen, Milizen ruhig zu stellen, Anhänger mit besseren Lebensbedingungen an sich zu binden und den Geheimdienstapparat zu erhalten. An der Rückkehr geflüchteter Syrer hat er kein Interesse, schließlich hat er die meisten davon gezielt vertrieben, um ehemals oppositionelle Gebiete von Gegnern zu säubern.

Assad frohlockt, schließlich arbeitet die UN seit Jahren mit regimenahe Organisationen, Unternehmen und Personen zusammen, die das Geld in seinem Sinn verteilen. Einige dieser Partner stehen auf den Sanktionslisten der USA und Europas – ein Skandal, sind doch Washington und Berlin die größten bilateralen Geber humanitärer Hilfe in Syrien.

Während Europäer und Amerikaner die Syrer also humanitär versorgen und Assad damit den Rücken für seinen Idlib-Feldzug freihalten, arbeiten Russland, Iran und die Türkei an der langfristigen Absicherung ihres Engagements

in Syrien. Ihre autokratisch denkenden Führungen verstehen Außenpolitik nicht als diplomatisches Aushandeln von Kompromissen, sondern als reine Interessenpolitik.

Mit den Herrschaftsmethoden Assads haben sie naturgemäß kein Problem, im Inneren kann das Regime deshalb walten wie es will. Nicht mal der Kreml hat Einfluss auf Assads Geheimdienste, Sicherheitsgarantien für rückkehrwillige Syrer wird es deshalb von russischer Seite nicht geben.

Für die drei Interventionsmächte hat sich der Einsatz in Syrien gelohnt. Ankara ist zwar von seinem ursprünglichen Ziel eines Machtwechsels in Damaskus abgerückt, kann aber einen Teil der syrischen Aufständischen als islamistische Söldner zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen – östlich des Euphrats gegen die Kurden, inzwischen auch in Libyen. Mit ihrem Einmarsch im Oktober 2019 hat die Türkei die dort herrschende Partei der demokratischen Union (PYD) in die Arme Assads und Putins getrieben und ein kurdisches Autonomieprojekt mittelfristig verhindert.

Eine Wiederannäherung zwischen Ankara und Damaskus ist möglich, ihre Geheimdienstchefs trafen sich im Januar in Moskau. Mit Verweis auf das Abkommen von Adana aus dem Jahr 1998 versucht Putin, die beiden Nachbarn auf einen ge-

meinsamen Kampf gegen die PKK und ihre Verbündeten einzuschwören.

Russland unterhält in Syrien drei Militärbasen und bleibt damit über Jahrzehnte im östlichen Mittelmeerraum präsent. Daneben haben sich russische Firmen mit einseitigen Verträgen einen Großteil der Gewinne bei der Förderung von Öl, Gas und Phosphor gesichert. Moskau will in Syrien staatliche Strukturen stärken und Milizen einhegen – ganz im Gegensatz zu Teheran, das an einem Staat im Staat arbeitet, um den eigenen Einfluss militärisch, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu verfestigen. Nach dem Vorbild der iranischen Revolutionsgarden baute der ermordete General Qassem Soleimani die National Defense Forces (NDF) auf, syrische Paramilitärs, die unter lokaler Führung für Assad kämpften.

Was im Libanon mit der Hisbollah gelang und im Irak mit den Hashd al-Shaabi, soll sich in Syrien mithilfe der NDF wiederholen – ein dauerhafter Einfluss über einen von Iran abhängigen lokalen Stellvertreter. Die schiitische „Achse des Widerstands“, die von Teheran über Bagdad, Damaskus und Beirut bis zum Mittelmeer und an die Grenzen Israels reicht, wäre damit komplett.

Ob die iranische Führung diese Vision ohne ihren Strippenzieher Soleimani und angesichts von verschärften Sank-

tionen, aufflammenden Protesten und einer immanenten militärischen Eskalation mit den USA umsetzen kann, ist fraglich. Zumindest mit Blick auf Syrien, wo ihr mit nur zwei Prozent Schützen die Basis in der Bevölkerung fehlt. Russland könnte Irans derzeitige Schwäche nutzen und die syrische Nachkriegsordnung weiter zum eigenen Vorteil ausgestalten.

Der Syrien-Konflikt ist für die USA und Europa verloren. Kurzfristig sollten sie gegenüber dem Regime und den russischen Befriedigungsbemühungen standhaft bleiben und mit Druck auf die UN dafür sorgen, dass ihre humanitäre Hilfe den Bedürftigsten zugute kommt und nicht Assads Patronagenetzwerk. Langfristig können die Europäer auf den Veränderungswillen der Syrer hoffen und sie überall dort, wo es Raum dafür gibt, in ihrem Streben nach Freiheit, ihren Bemühungen um Gerechtigkeit und ihrem Wunsch nach Aussöhnung unterstützen.

Kristin Helberg ist Journalistin und Syrien-Expertin. Sie arbeitet für die ARD, den ORF und andere TV-Sender. Im vergangenen Jahr erschien ihr Buch „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“ (Herder).

QD